



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir verabschieden heute einen Gemeindehaushalt mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mio. €, der aufzeigt, wo die Schwerpunkte des ja bereits laufenden Jahres in der Arbeit des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung liegen, nämlich in der konsequenten Fortsetzung der bereits in den Vorjahren beschlossenen Großprojekte und dem Bemühen das Ergebnis des laufenden Geschäftes, also der Leistungen gegenüber unserer Bürgerschaft so wirtschaftlich zu gestalten, dass die notwendigen Investitionsmaßnahmen auch weiterhin seriös finanziert werden können.

Die späte Verabschiedung des diesjährigen Haushalts ist der noch immer prekären Personalsituation in der Verwaltung und einiger weiterer Randerscheinungen geschuldet und natürlich nicht zufriedenstellend. Wir werden intensiv daran arbeiten wieder zu unseren alten Gepflogenheiten zurück zu kehren und den Haushalt zum Jahreswechsel auf den Weg zu bringen.

Ich bin bei der Gemeinderatsklausur im November vergangenen Jahres, bei der Haushaltseinbringung im Mai und den anschließenden Beratungen in den Gremien bis hin zur Verabschiedung ausführlich auf die Details der Planungsüberlegungen der Verwaltung eingegangen. Leider hat die viel beschworene Öffentlichkeit den Beratungen lediglich in Form von 2-3 interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern beigewohnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich bin ich kein Freund vieler Zitate in Ansprachen, da ich der Meinung bin Redner sollten ihre eigene Sicht der Dinge darlegen und nicht die gedanklichen Leistungen anderer wiederkäuen. Erlauben Sie mir aber trotzdem einige Passagen aus der Stellungnahme des Gemeindetages zum neuen Koalitionsvertrag und den Sparabsichten der neuen Landesregierung als Einstimmung zu den Haushaltsfragen unserer Gemeinde zu zitieren. Sie machen auf einen wichtigen übergeordneten Aspekt, der auch für uns große Bedeutung hat, aufmerksam, der zunehmenden Belastung von Kommunen durch übergeordnete Entscheidungen. Der Präsident, Roger Kehle, schreibt in einer Pressemitteilung vom 27.04. und 03.05.2016:

„Weniger Geld für die Kommunen heißt weniger Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger - Gemeindetag fordert Offenheit der zukünftigen Landesregierung gegenüber den Wählerinnen und Wählern: Wer A sagt muss auch B sagen.“

Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist alarmiert über die Berichterstattung in den Medien, wonach die Koalitionspartner von den GRÜNEN und der CDU bei ihren Einsparplänen den Rotstift insbesondere bei den Städten und Gemeinden ansetzen wollen.

Erschwerend kommt hinzu, dass man bisher von den Koalitionären in der Öffentlichkeit kein Wort darüber vernommen hat, wie die Integration der Flüchtlinge funktionieren soll, wie der Wohnungsbau vorangebracht werden könne oder die innere Sicherheit gewährleistet bleibe. ... Doch wenn es darum geht, den Kommunen Geld weg zu nehmen, herrscht offenbar traute Gemeinsamkeit. Kürzungen in dieser Größenordnung werden den Kommunen und damit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort richtig wehtun!

Wir bleiben bei unserer Kritik: Es kann nicht sein, dass den Kommunen weiter in die Kasse gegriffen wird. Wir möchten echte Einsparungsleistungen seitens des Landes sehen!“

So, der Gemeindegtag zum Problem, dass der Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen saniert werden soll und zusätzlich weitere Aufgaben auf die Gemeinden zukommen werden.

Nun aber zu Eggenstein-Leopoldshafen. Eine detaillierte Lagebeschreibung können Sie dem Vorbericht unserer Kämmerin entnehmen, der den umfangreichen Unterlagen zum Haushalt vorangestellt ist. Deshalb kann ich meine Ausführungen auf einige wesentliche Aspekte beschränken.

Der **Kernhaushalt** gliedert sich bekanntlich in zwei Teile, zunächst den **Verwaltungshaushalt** mit den laufenden Einnahmen und Ausgaben für das tägliche Geschäft. Hier sollte als Saldo aus den allgemeinen Steuereinnahmen u.a. sowie den Defiziten aus der Leistungserbringung ein Überschuss für die Finanzierung der notwendigen Investitionen übrig bleiben, die so genannte Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt. Ziel sollte es sein, wenigstens den Wertverzehr des Vermögens durch Ersatzinvestitionen ausgleichen zu können. Dafür benötigen wir ca. 3 Mio. € jährlich. In den vergangenen Jahren ist dies i.d.R. immer gut gelungen, auch wenn die Haushaltsansätze zunächst vorsichtig niedriger gebildet wurden. Leider sieht es im Jahr 2016, aber auch für die Folgejahre, nicht so rosig aus, wenn wir nicht gegensteuern. Das hat mehrere Gründe:

1. Es kann auf kommunaler Ebene von den angeblich „sprudelnden Steuerquellen“ nicht die Rede sein. Trotz tatsächlich steigender Steuereinnahmen fressen die Umlagen, insbesondere die Kreisumlage, Mehreinnahmen sofort wieder auf, so dass wir für die Folgejahre mit weniger, statt mehr allgemeinen Steuermitteln rechnen müssen.
2. Der mit fast 10 Mio. € beträchtliche Block der Personalausgaben, ist durch gesetzliche und tarifliche Bestimmungen kaum beeinflussbar. Die Personalausstattung im Erziehungsbereich, bei Krippen, Kitas und Schulen, ist zur Deckung des Betreuungsbedarfs festgeschrieben. Sie macht inzwischen fast 50% unseres Personaletats aus. In der Verwaltung sind wir, insbesondere durch immer neue zusätzliche Aufgabenfelder, wie Flüchtlingsunterbringung, neues Haushaltsrecht und die Änderungen in der Gemeindeordnung, schon länger an der unteren Grenze der Personalkapazität.
3. Bei den Sachkosten war in der Vergangenheit immer etwas „Luft“ in den Planansätzen. Gerade im Bereich der Gebäude- und Straßenunterhaltung wurden oft nicht alle Mittel benötigt. Allerdings müssen wir zukünftig viele Vorhaben als Unterhaltungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt verbuchen, die früher über den Vermögenshaushalt abgewickelt wurden.
4. Auch bei den Zuschüssen an Dritte wird es schwer werden Kostensenkungspotentiale auszuschöpfen. Die Aufwendungen hierfür sind im Wesentlichen durch die Ausweitung der Kinderbetreuung durch die kirchlichen Träger sowie den Betriebskindergarten des KIT gestiegen, für die die Gemeinde den weit überwiegenden Teil durch gesetzlich festgelegte Zuschüsse zu tragen hat. Zusätzlich ist der Anteil der Gemeinde an den Kosten für den ÖPNV kräftig gestiegen und wird durch die Notwendigkeit der Anschaffung neuer Stadtbahnen und den behindertengerechten Ausbau der Haltestellen in den nächsten Jahren auch nicht sinken.

Haushaltskonsolidierung zur Verbesserung des strukturellen Defizits muss deshalb heißen, die gemeindlichen Leistungsbereiche daraufhin zu untersuchen, was wirklich notwendig ist und zu welchen Gebühren und Beiträgen es zur Verfügung gestellt werden kann. Eine schwierige Aufgabe für Verwaltung und Gemeinderat, denn sie bedeutet auf liebgewordene Leistungen zu verzichten oder mehr für sie zu verlangen. Am Ende ist die Diskussion darüber, ob wir ein Einnahme- oder ein Ausgabeproblem haben, müßig, das Ausmaß der defizitären Leistungen muss reduziert werden – wir haben also eher ein Problem des „Anspruchsdenkens“!

Hoffnungslos ist die Situation allerdings nicht. Bisher ist es noch immer gelungen bei der konkreten Umsetzung der Haushalte Wege zu finden, um eine akzeptable Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt zu erreichen.

Den zweiten Bereich des Kernhaushaltes bildet der **Vermögenshaushalt**. Hier sind die geplanten Investitionen und deren Finanzierung abgebildet.

Das aktuelle Haushaltsjahr stellt sich, trotz des Volumens von knapp 10 Mio. €, als relativ unspektakulär dar. Das deshalb, weil die umzusetzenden, größeren Maßnahmen fast alle in den Vorjahren bereits umfassend beraten und beschlossen wurden. Beispielhaft wären zu nennen, der Ausbau der Gemeinschaftsschule, der Bau der Einrichtung zur Flüchtlingsunterbringung in der Kruppstraße, die weitere Umsetzung unseres Straßensanierungsprogramms, die Erweiterung der Friedhöfe sowie die Entschlammung des Alten Hafens. Dem stehen neben der „geringen“ Zuführungsrate vor allem Grundstückserlöse, Fördermittel und die Entnahme aus der Rücklage als Eigenfinanzierung gegenüber. Weiterhin erhält die Gemeinde ein zinsloses Darlehen zum Bau der Asylunterkunft. Weitere Kreditaufnahmen sind zunächst nicht vorgesehen.

Die Musik spielt, wie jeweils in den Vorjahren auch, im investiven Bereich in der so genannten „**Mittelfristigen Finanzplanung**“, also der Vorausschau auf die nächsten drei Jahre. Die Investitions- und Finanzplanung soll dem Gemeinderatsgremium insbesondere bei der Haushaltserstellung Informationen darüber geben, wie sich die finanzielle Situation unter bestimmten Annahmen in den kommenden Jahren entwickeln könnte. Es werden jedoch mit der Haushaltsverabschiedung keine definitiven Investitionsentscheidungen getroffen, da viele Einflussfaktoren ja vorläufig sind und in den jeweiligen Haushaltsjahren konkret überarbeitet werden müssen. Trotzdem ist die langfristige Betrachtung für eine solide Haushaltspolitik notwendig.

Bis zum Jahr 2019 sieht der Investitionsplan neben normalen Maßnahmen insgesamt 5 Großprojekte vor. Das gesamte Vermögenshaushaltsvolumen beträgt knapp 40 Mio. € bis 2019. Im Einzelnen sind dies die Fortsetzung des Straßen- und Gehwegsanierungsprogramms mit 4,1 Mio. €, die Resterweiterung der Gemeinschafts- und Ganztagsgrundschule mit 7,9 Mio. €, der Gemeindeanteil an der Entschlammung des Alten Hafens mit 0,4 Mio. € sowie die Schaffung weiterer Räumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung mit mindestens 0,9 Mio. Diese Maßnahmen müssen von der Gemeinde finanziert und die laufenden Kosten daraus im Verwaltungshaushalt aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Bei noch vorhandenen Rücklagen könnten diese Investitionen damit und den geplanten Einnahmen aus Grundstückverkäufen finanziert werden ohne Fremdmittel zu benötigen. Unterstellt man bessere Überschüsse aus dem laufenden Geschäft, also ca. 3 Mio. € wie in den Vorjahren, verbliebe auch noch ein Teil der Rücklagen für andere Aufgaben.

Einen Sonderfall stellen die Investitionen für die Unterbringung der Flüchtlinge in den kommenden Jahren dar. Der Mittelfristplan enthält die möglichen Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 17 Mio. € zur Schaffung von Unterkünften in der Anschlussunterbringung von mindestens 300 Personen, die in Zukunft sicher als anteilige Zuweisung aus den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises auf die Gemeinde zukommen werden, auch dann, wenn ab sofort keine weiteren Asylsuchenden nach Deutschland kämen. Unterstellt wird dabei, dass feste Gebäude errichtet werden, die für langfristiges Wohnen geeignet sind und in der Innenaufteilung so variabel, dass sie ggf. später auch als Sozialwohnungen genutzt werden können. Aus Sicht der Verwaltung wäre dieses Konzept mehrfach sinnvoll – erstens wird damit ein bleibender Wert geschaffen und nicht sinnlos „Geld in überpreuerten Containernanlagen verbrannt“, zweitens tragen menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Problemen bei der Integration der Flüchtlinge bei und drittens kann längerfristig bezahlbarer Wohnraum für viele geschaffen werden. Nicht immer ist die billigste Lösung die beste und wirtschaftlichste. Der wesentliche Unterschied zu den weiter oben aufgeführten Investitionen ist darüber hinaus, dass nach Zusicherung der Bundes- und Landespolitik die laufenden Ausgaben der Flüchtlingsunterbringung nicht an den Kommunen hängen bleiben sollen, sondern durch die Kostenträger der Sozialhilfe bzw. die Agentur für Arbeit vollständig getragen werden. Damit ließen sich dann auch die Kreditaufnahmen der Gemeinde hierüber refinanzieren. Es gilt also die bundes- und landespolitischen Entscheidungen in den kommenden Wochen mit Argusaugen zu beobachten und Zusicherungen der politisch Verantwortlichen genau zu nehmen.

Treffen all diese noch unsicheren Annahmen zu, wären zwar Kreditaufnahmen in Höhe von rund 14 Mio. € in den nächsten Jahren notwendig. Der überwiegende Teil der daraus entstehenden Finanzierungsaufwendungen könnte aber am Ende haushaltsneutral refinanziert werden.

Eine endgültige Entscheidung über die weitere Vorgehensweise bei der Flüchtlingsunterbringung wird der Gemeinderat in den nächsten Wochen zu diskutieren und beschließen haben. Dabei wird sicherlich auch zur Sprache kommen müssen, dass dieses Thema nicht nur eine finanztechnische, sondern auch eine menschliche Seite hat, und, dass wir uns schon überlegen müssen, ob wir die Flüchtlinge pauschal als „Störenfriede“ ansehen oder zum größten Teil als Menschen, die in einer Notlage nichts anderes tun, als dankbar ihr bestehendes Recht in Anspruch zu nehmen.

Es ist deshalb insgesamt nicht gerechtfertigt den kommunalen Weltuntergang herbei zu beschwören. Auf die Gemeinde kommen große Aufgaben zu, mit finanziellen Belastungen, die den Handlungsspielraum wesentlich einschränken werden – aber sie sind zu bewältigen.

Die **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** als wichtige technische Infrastrukturleistung stellt die Gemeinde seit Jahren durch ihre beiden Eigenbetriebe sicher. Anders als die in der Regel defizitären Leistungen des Kernhaushaltes sind deren Ausgaben durch Gebühreneinnahmen gedeckt, die sich darüber hinaus noch auf dem Niveau des Durchschnitts der Landkreiskommunen bewegen und weit weg von der Höhe, die Zuschüsse ermöglichen würde. Auch bei den Eigenbetrieben kommt gelegentlich Kritik an der Fremdfinanzierung auf. Zunächst sei ein Blick auf die immer wieder zitierte Privatwirtschaft erlaubt. Kein Mensch würde von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen verlangen seine Investitionen ausschließlich mit Eigenkapital zu finanzieren, es muss diese durch seine Umsätze lediglich finanzieren können. Und gerade dies tun die Eigenbetriebe zu vertretbaren „Preisen“ heute und auch in Zukunft. Deshalb ist es durchaus auch langfristig sinnvoll die Kanalsanierung nach den Ergebnissen der Eigenkontrollverordnung fortzusetzen und das Wasserwerk Tiefgestade auf den heutigen Stand der Technik zu bringen. Diese Einrichtung ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres vor vielen Jahren angegangenen Wasserkonzeptes 2000 und nicht einfach verzichtbar. Ob tatsächlich eine Generalsanierung oder ein Neubau der Anlage sinnvoller und damit am Ende wirtschaftlicher ist, wird der Gemeinderat nach der Sommerpause zu beraten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gäbe zum Haushalt und insbesondere zu den darin verankerten Sachverhalten noch viel zu sagen. Doch dies werden wir im Gemeinderat und seinen Gremien, wie bisher auch schon, im jeweiligen Einzelfall ausführlich und auf der Grundlage von umfassenden Grundinformationen tun. Der verabschiedete Haushalt 2016 schafft dafür lediglich den haushaltsrechtlichen und finanztechnischen Rahmen, damit die von Ihnen getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltung sachgerecht umgesetzt werden können.

Ich danke Ihnen deshalb für eine vertrauensvolle und der Bedeutung angemessene Beratung des eingebrachten Entwurfs, auch bei durchaus unterschiedlichen Detailvorstellungen, und für die einstimmige Zustimmung bei der Verabschiedung. Unserer Kämmerin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungsamtes danke ich für die umfangreichen Vorbereitungen unter schwierigen Rahmenbedingungen und hoffe, dass wir es gemeinsam schaffen unsere Gemeinde erfolgreich durch die kommenden schwierigeren Zeiten zu führen.

Bernd Stober,
Bürgermeister
